

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 5a Fernruf: P 7, Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 148 A

BERLIN • Sonntag, den 26 Juni 1932

1. JAHRGANG

Zentrum geht mit den NS!

KP und SP zur Einheitsfront. / Die überragende Rolle des ADGB.

Hemmungen der Einheitsfront.

W—er. Während sich die Nationalsozialisten und ihre SA mit ihrer Mordhetze und ihren ausgeführten Morden immer rücksichtsloser benehmen, und während wenigstens in den süddeutschen Ländern einige beherzte Menschen noch riskieren, das offen provokatorische Auftreten dieses Gesindele dadurch zu verhindern, daß man ihm wenigstens verblätet, seine Uniform zur Schau zu tragen, rührt sich in dem größten Lande Deutschlands und dessen Regierung nicht das geringste. Herr SEVERING, der Redselige, der sonst keine Möglichkeit ausließ, irgend einen gesetzgeberischen oder verordnungsmäßigen oder rednerischen Akt anzubringen, benimmt sich so, als ob er samt seinem Kollegen BRAUN bereits gestorben sei. Diese unsäglich jammervolle Haltung gegenüber der Regierung und sozialdemokratischer Arbeiterführer zu kennzeichnen, hat die deutsche Sprache bisher das geeignete Wort noch nicht gebildet.

Wir zeigen an anderer Stelle, daß das Zentrum, offenbar inzwischen von der Wertlosigkeit seines einstigen Bundesgenossen für die weitere Katholisierung Preußens überzeugt, sich auf die Seite der Nazis schlägt. Das wäre an sich zu begrüßen; denn um so leichter wäre es möglich, daß die SP endlich, wenn sie schon nicht von selber geht, wenigstens dahin gestoßen wird, wohin sie gehört.

BRAUN und SEVERING sind nicht die Sozialdemokratische Partei;

aber diese läuft Gefahr, von ernsthaften Antifaschisten in Bälde und verdienter Weise nicht mehr ernst genommen zu werden, wenn sie nicht auf ihre Ministergenossen in Preußen wirkt, sodaß diese sich wenigstens zu einer Äußerung entschließen, was sie gegen den Faschismus zu tun gedenken. Die SPD selber hat allerdings im „Vorwärts“ vom Sonnabend morgen als wesentlichen Punkt ihres antifaschistischen Programms die Frage gestellt: „Was wird HINDENBURG, tun?“ Es zeugt von einer unglaublichen Naivität, diese Frage heute noch zu stellen.

HINDENBURG wird nach und nach freiwillig einen Reaktionär nach dem andern, nämlich lauter Menschen seiner Art in die führenden Posten setzen, und er wird darüber hinaus gezwungen werden, Leute von wesentlich üblerer Art zuzulassen.

Wer das heute noch nicht weiß, verdient nicht den Namen eines Politikers.

Die Kommunistische Partei erläßt erst heute wieder durch den Mund ihres Vorsitzenden in der „Roten Fahne“ einen Artikel, aus dem wir nur zwei Punkte von vielen zitieren:

„Antifaschistische Aktion — das heißt Schließung der Einheitsfront im Kampfe gegen die kapitalistischen Blutsauger, gegen die faschistischen Mordkolonnen, die die Sicherheit des Arbeiterlebens und des Eigentums der Arbeiterorganisationen bedrohen. — — —

Antifaschistische Aktion — das heißt unermüdliche tägliche Entlarvung der schmachlichen Verräterrolle der Führer der SPD und des ADGB, die sich gerade jetzt als die schmutzigsten Helfer des Faschismus offenbaren.“

Die faschistische Aktion heißt also nach THÄLMANN gleichzeitig: Schließung der Einheitsfront und Zertrümmerung der Einheitsfront — also vollkommene Konfusion!

Die Unfähigkeit der Führung der großen politischen Arbeiterparteien zur Einheitsfront ist geradezu evident.

Sie können vorläufig die Rücksicht auf ihren Parteieladen noch nicht beiseite lassen.

Die Wichtigkeit des ADGB und seiner Führer im Kampf um die Verbreiterung der im ADGB sowieso schon zum größten Teil bestehenden Einheitsfront der Arbeiterschaft leuchtet immer mehr ein. Verstärken wir den Kampf für die Einheitsfront, indem wir den ADGB und seine leitenden Instanzen nachdrücklich und mehr und mehr ermutigen, die

Hk. Die Freitag-Sitzung des preußischen Landtages hat weiteren

Aufschluß über die Haltung des preußischen Zentrums zu den NS gebracht.

Zunächst handelt es sich um die Frage, ob die 50 schwebenden Strafverfahren gegen Nazi-Abgeordnete eingestellt werden sollten. Der Zentrumsprecher MEISTERMANN bezeichnete die unterschiedlose Einstellung sämtlicher Strafverfahren als „ein Stück Korruption“, als einen Freibrief für hemmungslose Verleumdung. Deshalb — „könne sich das Zentrum an der Abstimmung nicht beteiligen“!

Toleranz gegenüber der Korruption!

Später sprach der Führer des preußischen Zentrums, LAUSCHER, zu den Anträgen über Kulturfragen.

LAUSCHER widmete seine Rede vor allem den NS;

er formulierte — kurz gesagt — die kulturpolitischen Bedingungen, von denen die Unterstützung einer Nazi-Regierung durch das Zentrum abhängt.

Die wichtigsten Stellen seiner Rede geben wir hier wieder:

„In den Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. HAUPT zur Kulturpolitik ist die Frage nach dem weltanschaulichen Fundament der nationalsozialistischen Kulturpolitik nicht beantwortet worden.

Nun ist ja die Weltanschauung des Nationalsozialismus bis zu einem gewissen Grade im Programm der Partei selbst enthalten. Es heißt dort z. B. daß sich der Nationalsozialismus zum positiven Christentum bekennt.

Wir hätten aber sehr gern eine Antwort auf die Frage, was mit diesem positiven Christentum der Nationalsozialisten gemeint ist. Wir möchten auch gern wissen, ob unter der christlichen Schule, die die Nationalsozialisten als Zwangseinheitsschule des künftigen Staates verwirklicht wissen wollen, die von uns grundsätzlich und von jeher unentwegt geforderte Bekenntnisschule zu verstehen ist,

oder ob diese christliche Schule des Nationalsozialismus versuchen wird, mit der Zielsetzung ihrer Erziehungsarbeit eine über den Konfessionen gelegene höhere Ebene zu erreichen.

„Ich betrachte es als spezielle Mission meiner Partei, Brücken und Wege zu bauen. Wenn sie allerdings keine Resonanz finden, tragen diejenigen die Verantwortung für die Folgen, die den Weg des Zusammengehens nicht wollen.“

Im Schädel dieses Pfaffen hat selbstverständlich keine andere Frage Platz als die: „Wie bringe ich die Schule in die Hand der Priester?“ Und es erfüllt einen mit Abscheu, zu sehen, wie zur Erreichung dieses Zieles eine kalte Berechnung angestellt wird, in der das Blut Tausender von Arbeitern, mit denen das faschistische Regiment bezahlt werden mußte, überhaupt keine Rolle spielt.

Christliche Arbeiter, horcht auf!

Auch für die süddeutschen Katholiken, die gegen HITLER jetzt scharf vorgehen, ist natürlich die Kulturpolitik und insbesondere die Verkirchlichung der Schule das Kernstück ihres Programms. Darüber hat uns das bayerische Konkordat belehrt. Wenn die Bayerische Volkspartei gegen die Nazis jetzt Front macht, so muß man auch das verstehen als eine Taktik,

Initiative zur Uebernahme der Führung der gesamten deutschen Arbeiterschaft energischer als bisher zu ergreifen. Die wichtigste Unterstützung dieser Aktion ist im Augenblick sicher die gesteigerte Sammlung von Unterschriften für das Volksbegehren der Arbeiterschaft,

das in diesen Tagen in ganz Deutschland läuft. Seine Bedeutung erschöpft sich nicht darin, einige Zettel mit Namen

die den kulturpolitischen Zielen des Katholizismus untergeordnet ist. Die bayerischen Katholiken, die länger und besser als Herr LAUSCHER HITLER und dessen Partei kennen, halten diese Partei offenbar für ungeeignet, um mit ihr überhaupt irgend eine Kulturpolitik treiben zu können. Mit anderen Worten: sie trauen den NS nichts anderes zu, als die Ermordung von Arbeitern und haben damit, wie uns scheint, die NS-Bewegung besser durchschaut als LAUSCHER.

Aus der über 18½ Stunden sich hinziehenden Dauer-sitzung des preußischen Landtags sei außer der Stellung des Zentrums zu den NS folgendes mitgeteilt.

1. Die Nazis haben eindeutig ihr Gesicht als Knechte der Kapitalisten enthüllt, als die Kommunisten einen Antrag zur Abstimmung brachten, der einer Forderung entspricht, die sich die Nazis in ihrer Propaganda oft zu eigen machen: Wegsenkung aller Einkommen über 12000 Mark. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen, während sich die NS der Stimme enthielten.

Diese Abstimmung muß man sich merken mit dem Datum (24. Juni), um den von HITLER eingefangenen Arbeitern jeder Zeit die Augen über ihre Partei öffnen zu können.

2. Die endgültige Verabschiedung des Amnestiegesetzes. Es wurde angenommen mit den Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen, Christlich-Sozialen und Nazis. In der Form, in der es zur Annahme gelangte, ist es weitgehend den Wünschen der Nazis und SCHLEICHERs angepaßt.

Nicht amnestiert werden nämlich, Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung, Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse, Meineid, Vergehen gegen die Religion, und gegen die Sprengstoffgesetz.

Wir wären der kommunistischen Landtagsfraktion dankbar, wenn sie eine Statistik führen und veröffentlichen würde, wie viele Kommunisten auf Grund dieser Amnestie aus den Gefängnissen herauskommen.

3. Nach Mitternacht wurde nach erregter Debatte ein nationalsozialistischer Antrag auf

Aufhebung des Demonstrationsverbots angenommen. Dafür stimmten die Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Wenigstens ist damit das Privileg der SA auf die Straße, das sie in der Praxis der letzten Tage sich angeeignet hatte, durchbrochen.

4. Der Nazi FREISLER brachte dann Anschuldigungen gegen den Berliner Polizeivizepräsidenten WEISS vor (er sei Teilhaber an einem Spielklub) und beantragte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unter dem sensationellen Titel: „Chicago-Ausschuß BERNHARD WEISS“. Der Ausschuß (29 Mitglieder!) wurde eingesetzt.

Diese parlamentarische Tat gehört in das Kapitel „Die Narrenbühne“: irgend ein Demagoge braucht nur Anschuldigungen gegen einen Beamten herbeizuholen, die offensichtlich zu Propagandazwecken sensationell aufgemacht sind, und schon beschließt das Parlament, auf Kosten der Steuerzahler einen Stab von 29 Menschen sich mit diesem Thema befassen zu lassen.

Die nächste Landtagssitzung ist auf den 6. Juli angesetzt worden.

zu füllen; es kommt darüber hinaus darauf an, der Führung des ADGB den Wunsch der Arbeiterschaft, und zwar der Arbeiterschaft aller Richtungen, zum Ausdruck zu bringen, daß der ADGB die Rolle des kraftvollen Vermittlers übernehmen möge. Und es kommt ferner darauf an, den gesunkenen Mut der Arbeiterschaft dadurch zu heben, daß man zeigt: die Bemühungen um eine Einheitsfront sind noch nicht völlig eingestellt worden, und der Mut zur Arbeit für die Einheitsfront ist noch nicht bei allen Genossen erloschen.

Deutsche Industrielle gegen Sozialisierung der Verluste.

R. Berlin, 25. Juni.

Am Freitag tagte der Hauptausschuß des Reichverbandes der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz von KRUPP VON BOWLEK und HALBACH. Über die Stellungnahme zu den Regierungserklärungen und den neuesten Notverordnungen läßt der Reichsverband unter anderem folgendes mitteilen: „Wenn die neue Regierung einen grundsätzlichen Trennungstrieb zeigen will gegenüber Bestrebungen, die immer mehr auf einen Staatssozialismus hinauslaufen, und wenn die Regierung ferner den Staat freimachen will von Aufgaben, die der Staat seinem Wesen nach niemals erfüllen kann, so kann dem nur zugestimmt werden. Der Reichsverband der Deutschen Industrie erwartet von der Regierung, daß sie es nicht bei diesen Ankündigungen beläßt, sondern dementprechend handelt.“

Das also erwartet der Reichsverband! Wo bleibt dann sein Protest dagegen, daß das Reich dem Großspekulanten FITZK Aktien abkauft, und gar zu einem Kurs, der deutlich macht, daß es sich um eine Subvention und kein normales Geschäft handelt? Oder gehören am Ende gerade solche Geschäfte nicht nur nach unserer Ansicht, sondern auch nach der des Reichsverbandes zum Wesen des kapitalistischen Staates?

In der Stellungnahme zu Steuerfragen fehlt jede Quittung für den Erlaß der halben Industrieumlage. So eine Kleinigkeit wie diese 100 Millionen Mark Steuererlaß im Jahr übergehen diese Herren stillschweigend, um desto kräftiger dagegen zu protestieren, daß neue Steuern eingeführt und alte Steuern erweitert worden sind.

Der Reichsverband verlangt eine organische Senkung der Ausgaben, und ferner, daß „durch

vernunftgemäße wirtschaftspolitische und arbeitspolitische Maßnahmen

das deutsche Produktions- und Handeleolumen vergrößert wird“. (Was vernunftgemäß ist, wird sofort erläutert: Reform der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.)

Die Liste der Forderungen geht so weiter: „Im Interesse sowohl des Binnenmarktes wie der Ausfuhr müssen baldigst die Hemmungen beseitigt werden, die einer Aufwärtsentwicklung entgegenstehen. Hierzu gehört in erster Linie eine Senkung aller Faktoren der Produktionskosten (Wie wäre es mit Senkung der Kartellpreise?), eine restlose Ausnutzung aller Kreditmöglichkeiten und die Wiederherstellung möglichst freier Produktionsbedingungen. Der Staat muß sich, soweit wie irgend möglich, von Eingriffen in das Wirtschaftsleben freihalten und der freien Initiative von Unternehmer und Arbeiter weitgehenden Spielraum lassen, damit die einzelnen Glieder der Wirtschaft wieder Vertrauen in ihre Lage und in ihre Zukunft gewinnen können. Dementsprechend lehnt der Reichsverband nach wie vor jede Art von Subventionen wie auch jede Maßnahme, die auf eine

„Sozialisierung der Verluste“

hinausläuft, entschieden ab.“

„Der Reichsverband tritt mit allem Nachdruck für die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems und die Beseitigung entstandener Fehler ein. Soweit die Wirtschaft selber für Fehler verantwortlich zu machen ist, hat sie auch selber die Pflicht, diese auszumergen. Der weit überwiegende Teil der Fehler des kapitalistischen Systems ist aber eine Folge des staatssozialistischen Charakters der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in der Nachkriegszeit, durch die das privatwirtschaftliche System eines wesentlichen Teiles seiner normalen Funktionen beraubt worden ist. Die deutsche Industrie ist bereit, zur Beseitigung dieser Fehler mit der Regierung Hand in Hand zu arbeiten.“

Wir wissen, was die wichtigsten „Fehler“ sind: Die Arbeiter sind nicht bescheiden genug. Die Löhne sind zu hoch. Die Sozialversicherungsbeiträge sind zu hoch.

Damit der Kampf gegen die Arbeiteransprüche nicht gar zu selbststüchtig aussieht, wird er unter dem Motto geführt: Freiheit, die ich meine! Gemeint ist sie aber nur da, wo die Unternehmer sich beeengt fühlen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Aber das Fieber ist da und schüttelt ihn heftiger als vorher. Mit jedem Pulsschlag erdröhnt sein ganzer Schädel. Er denkt daran, Herrn v. Pritwitz hereinzurufen, auch Herrn Hahn würde er noch erreichen — doch dann klingelt er nur dem Diener.

„Den Arzt, bitte, den Herrn Professor — ich lasse bitten, gleich zu kommen!“

Der Prinz bleibt steif aufgerichtet sitzen.

Erst nachdem der Diener gegangen ist, erhebt er sich und schwankt in sein Zimmer hinüber. Er wirft die Kleider ab und legt sich ins Bett. Nach einer Weile richtet er sich auf, schüttelt ein Schlafpulver in ein Glas Wasser und trinkt es aus.

Doch das Mittel ist nicht stark genug. Es lindert die Schmerzen, bringt aber keine wirkliche Ruhe und kein restloses Vergessen. Der Prinz versinkt in einen Zustand halber Betäubung. Seine Tätigkeit als Reichskanzler, als Leiter der Kriegsgefangenenfürsorge, Begegnungen mit den Repräsentanten der Macht, Gedanken und Zweifel an der kaiserlichen Politik, alles das läßt ihn nicht los. Vier Wochen Revolutionskanzler, vier Jahre Krieg, vierzig Jahre Kaiserreich — das treibt durch seinen Kopf, zuckt in seinem zerarbeiteten Gehirn in regellos durcheinander fallenden Gedankenreihen, in irgendwann einmal gehörten oder formulierten Sätzen:

Wir alle wollen Frieden. Aber die Bitte um Waffenstillstand war ein Fehler. Wir müssen uns wehren — mit Hörnern und Klauen! Rathenau hat recht, und Solf und der Vizekanzler haben recht. Bedenken Sie, Exzellenz, — das Uebergewicht, die Tanks! Natürlich, unsere Gardeschützen — ja, die Gardeschützen und die Jäger! Von denen nimmt jeder so einen Tank auf seine Hörner. Aber die Soldaten müssen zu essen haben. Sonst verlassen sie die Gräben und empfangen die zur Ablösung nach vorn kommenden Truppen mit dem Ruf „Streikbrecher!“ Also doch eine Kartoffelfrage! Aber von auswärtiger Politik versteht Herr Scheidemann nichts. General Groener? Jawohl, sehr geeignet, seine Kenntnisse des Eisenbahn-

Nutzlose Unterhaltungen in Genf.

S. H. Püntlioh um 10 Uhr hat die Besprechung in Lausanne begonnen. Der Reichsfinanzminister SCHWERINKROSIGK gab den Bericht über die Situation in Deutschland, über die außerordentliche finanzielle und wirtschaftliche Not. Es handelte sich um einen Tatsachenbericht, der keine Vorschläge oder Anregungen enthielt. Als HERRIOT nach der Sitzung den Saal verließ, äußerte er, daß der Bericht des deutschen Finanzministers objektiv und eingehend gewesen sei. Er schloß seine Worte mit der Bemerkung: „Die Luft ist kühl, aber es dunkelt nicht.“

Die zweite Sitzung begann kurz vor 18 Uhr. Die Sitzung knüpfte an den deutschen Bericht an. Der Reichskanzler VON PAPAN verließ bereits um 18.30 Uhr die Konferenz; 18.40 Uhr entführte ihn der Schnellzug nach Berlin.

Am Freitag abend fanden nach Abschluß der großen Sitzung private Besprechungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung statt. HERRIOT nahm an ihnen nicht mehr teil, da er nach Paris abgereist war, von wo er erst am Montag zurückkommen wird.

Die kargen Meldungen, die von diesem „großen“ Tag aus Lausanne eingetroffen sind, geben einen Eindruck von der frostigen Atmosphäre, die zwischen den verhandelnden Mächten besteht. Die Reisen der beiden verantwortlichen Regierungschefs in ihre Länder werden diese Situation nicht erleichtern. In Paris spricht man von inneren Schwierigkeiten des Kabinetts HERRIOT; die französische Presse hat die gereizte Stimmung über den HOOVERschen Plan durch ihre harte Kritik verschärft; die Haltung in der Reparations- und Abrüstungsfrage, auf der Frankreich besteht, hat in den letzten Tagen von HERRIOTS Aufenthalt zu einem Zurückziehen Englands und damit zu einer fühlbaren Isolierung Frankreichs geführt.

Doch weit drohender als diese gedrückte Stimmung in Frankreich ist die Entwicklung, die die Verhältnisse in Deutschland nehmen. Die Männer, die neben PAPAN stehen, haben ein Schiff gesteuert, dem der Sturm in den Segeln sitzt. Der Kampf mit den süddeutschen Staaten ist entbrannt:

Der Memelstreit vor dem Haager Gericht.

u. Haag, 24. Juni.

In der Frage, ob die Ernennung des Direktoriums SIMMAT und die Auflösung des Memelländischen Landtags ordnungsgemäß erfolgt sei, hat der Ständige Internationale Gerichtshof mit 13 gegen 3 Stimmen den litauischen Protest gegen die Verhandlung im Haag verworfen und sich für die Entscheidung dieser Frage für zuständig erklärt.

Umsturz in Siam.

Die absolute Monarchie des Königreichs Siam in Hindostan — die letzte ihrer Art, die auf der Erde noch bestand, wie HUGENBERGS „Tag“ betrubt mitteilt — ist von der Marine und einem Teil der Truppen des Landes gestürzt worden: Die Aufständischen haben den König genötigt, eine konstitutionell monarchische Verfassung anzunehmen.

Japan besetzt die chinesische Ostbahn.

Der Vorstoß der Japaner führt zu weiteren heftigen Kämpfen um die chinesische Ostbahn. Die Japaner haben bereits die ganze südliche Linie der Bahn besetzt und sind durch die Besetzung des Ortes Mandschuria bis an die russische Grenze vorgedrungen. Die Herausforderung, die darin von neuem für die Russen liegt, ist um so größer, als auch der russische Bahnhof, der zur sibirischen Bahn gehört, mitbesetzt ist. Trotzdem verhalten sich die Russen bisher ruhig.

Während dieser neuen Herausforderungen in der Mandschurei hatte der vom Völkerbund eingesetzte Neunzehner-

der Druck, den HITLER sich gegenüber der Regierung erlaubt, steigert sich von Tag zu Tag, ohne daß ihm ein Gegenruck in seine Schranken zurückweist, und zahllose Arbeiter haben die Aufhebung des SA-Verbots mit ihrem Leben bezahlt. In der Woche, während der diese Ereignisse eingetreten sind, hat PAPAN tagelang in Lausanne warten können auf die Erlaubnis, zu den Konferenzen zugezogen zu werden. Hätte BRÜNING diese Rolle gespielt, so würde ihn eine andere Kritik von seiten der Rechten erwarten, als sie PAPAN wenigstens in der Öffentlichkeit von seinen Regierungsfreunden bereitet wird.

Man kann von Frankreich sagen: „Die Luft ist kühl.“ Aber von Deutschland muß man sagen: „Es dunkelt!“

Zwei Arbeiterstimmen zu Lausanne und Genf

Im „Populaire“, dem Organ der französischen Sozialdemokraten, nimmt LEON BLUM zur Reparationsfrage Stellung. Er habe gehört, Frankreich sei bereit, die Reparationszahlungen auf 600 Millionen herabzusetzen. Zwei Drittel dieses Betrages würden an Amerika abgeliefert werden, während das Restdrittel unter die Gläubigermächte verteilt werden sollte. Der Frankreich verbleibende Anteil sei das Streitobjekt in Lausanne. Es sei bedauerlich, daß die französische Regierung die moralische Stellung Frankreichs in der Welt und die Wiederbelebung der eigenen Wirtschaft durch eine so lächerlich kleine Summe gefährde.

Nach einer Sondersitzung des Landesvollzugsausschusses der englischen Arbeiterpartei wurde folgende Erklärung ausgegeben: Die englische Arbeiterpartei betrachtet die Abrüstungsvorschläge HOOVERS als einen ersten wichtigen Schritt zur vollständigen Abrüstung und als eine greifbare Aufforderung an die in Genf versammelten Länderabordnungen der Abrüstungskonferenz. Die Partei hofft, daß alles getan wird, um die unverzügliche Annahme der HOOVER-Vorschläge als eines Sofortprogramms zu sichern.

ausschuß in Genf am Freitag nichts anderes zu tun, als den Termin für den Abschlußbericht, der dem Völkerbund über den chinesisch-japanischen Konflikt vorgelegt werden soll, weiter hinauszuschieben, da der Bericht des in die Mandschurei entsandten Ausschusses doch erst im September zu erwarten sei.

Die skandinavischen Länder zum holländisch-belgischen Zollvertrag.

Der norwegische Außenminister BRAADLAND erklärte zu dem Zollvertrag zwischen Holland, Belgien und Luxemburg, daß seine Regierung wie auch die dänische jede derartige Maßnahme begrüße. Ein Beitritt der skandinavischen Länder sei aber nicht ohne weiteres möglich, da ein solcher Schritt mit den bereits abgeschlossenen Meistbegünstigungsverträgen nicht vereinbar sei. Was Norwegen angehe, so müsse es entweder alle bisherigen Handelsverträge kündigen, um dem belgisch-holländischen Abkommen beitreten zu können, oder die anderen Staaten, mit denen es Verträge abgeschlossen habe, müßten ausdrücklich ihre Einwilligung geben.

Sparmaßnahmen in Oes'erreich.

r Wien, 24. Juni.

Der österreichische Finanzminister teilte den Vertretern der Bundesangestellten in einer Besprechung mit, daß vom 1. Juli ab die Gehälter der öffentlichen Angestellten ratenweise ausgezahlt werden sollten. 60 Prozent des Gehalts solle zu Beginn des Monats, der Rest in der Mitte des Monats ausgezahlt werden. Dieser Beschluß der Regierung sei notwendig geworden, da die staatlichen Kassenbestände zur vollen Zahlung der Gehälter am Monatsanfang nicht ausreichten.

Die Beamten haben beschlossen, mit allen Mitteln auf eine Abänderung dieses Beschlusses zu dringen.

und Verkehrswesens befähigen ihn hervorragend zum Rücktransport der Truppen.

Nein, da ist ja gar keine wehrhafte Klaue, da ist doch nur eine Hand, eine schüchtern ausgestreckte Hand — die Häuser der Witwen sind aufgefressen worden. Den Waisen hat man ihr Gut genommen und Krieganleihe damit gezeichnet. Die Greise haben nicht, womit ihre Blöße zu bedecken, und an den Kasernentoren stehen hungernde Kinder. . . .

Wo gehobelt wird, da fallen Späne!
Der Mensch vergeht, das Werk bleibt!
Das christliche Kaiserreich! Doch das soll er liquidieren. Prinz Max: Bankrottverwalter! Revolutionskanzler! Aber der Großonkel in der „Galerie des glaces“, im Schloß des vierzehnten Ludwig von Frankreich — der Großherzog von Baden und die Bundesfürsten, Bismarck und Moltke! Alle Deutschen von der Memel bis zum Bodensee zusammengespickt für immer! Up ewig ungedeut!

Das war in Versailles, im Januar 1871. Das war der Anfang: Deutschland baut Schiffe. Deutschland erwirbt Kolonien und Kohlenplätze, erobert sich in friedlichem Wettbewerb seinen Platz in der Welt.

Das Programm: Helgoland-Bagdad!
Der deutsche Kaiser — Hurra!

Aber die alten Kolonisationsmethoden gehen nicht mehr. Das Glück anderer Völker — jawohl, auch das Glück der Kulis in Klatschou, auch das der Hereros in Südafrika! Aber diese Zahlen, die entsetzlichen Zahlen: 100 000 Hereros, davon sind nur 21 000 am Leben geblieben. Bitte lesen Sie den Bericht, sehen Sie doch die Siegel und die Unterschrift.

Genau 7000 Männer, 9000 Frauen, 5420 Kinder . . .
Prinz Max stöhnt laut auf im Schlaf.

Er röchelt mit den Eingeborenen, die mit ihren Viehherden, mit Frauen und Kindern von den Weidflächen vertrieben worden sind und um die eingetrockneten Wasserlöcher herum verdurstet. So kann eine Kuh brüllen. Und so weiß kann das Gesicht eines Negers werden!

Halt, ein Schuft, wer dem wehrlosen Feind . . . ein Gefangeneministerium muß gebildet werden! Der Krieg und die Kriegsgefangenschaft sind nach humanen Prinzipien zu

organisieren. Eine verfluchte Tatsache: auch deutsche Soldaten haben wehrlose Gefangene niedergemacht, ein Bootemaat hat um ihr Leben schwimmenden fremden Seeleuten mit einem Beil die Schädel eingeschlagen!

„So wißt: Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus . . .“ Aber das war doch nur eine rethorische Entgleisung Wilhelms II. Es bleibt dabei: ein Verräter, wer dem wehrlosen Feind den Pardon versagt!

Bedenken Sie, Exzellenz — unsere eigenen Gefangenen!

Allerdings, gegen Frankreich können wir der Repressalien nicht entraten, doch gegen England sind sie unnötig geworden, und gegen Rußland sind sie sinnlos. Der Russe achtet die Leiden seiner Volksgenossen gering. Jede Vergeltungsmaßnahme fällt ver Hundertfach auf unsere eigenen Gefangenen zurück. In Rußland kann nur ein Appell an einflußreiche Persönlichkeiten helfen.

Siebzigttausend, allergnädigste Großfürstin!

70 000 deutsche Kriegsgefangene beim Bau der Murmanbahn! Sie haben keine Schuhe mehr an den Füßen. Ich weiß, die Muschkis, — die haben auch keine Schuhe. Aber der Breitengrad ist zu bedenken, die Kälte und die Stürme des hohen Nordens. Die Soldatenmäntel sind vertragen und bieten keinen Schutz gegen das Klima. Und das Essen, teuerste Großfürstin Elisabeth — die Gefangenen essen aus Trögen. Gewiß langen sie nur darum mit den bloßen Händen in die Behälter hinein, weil sie keine Löffel bekommen. Und gewiß sind sie nur darum so glorig, weil die Essensmenge für alle unzureichend ist. Tragen Sie es einem Verantwortlichen nicht nach, daß er Ihre großfürstliche Anteilnahme auf einen solchen Gegenstand hinken muß. Es gibt keine Aerzte und keine Medizin, es gibt auch keine Krankmeldungen. Wer die Füße erfroren hat, der humpelt. Aber er bleibt in der Reihe, schüttet weiter den Damm auf, schleppt Schwellen und Schienenstränge. Wer zusammenbricht, wird mit Peitschenhieben wieder auf die Füße und an die Arbeit getrieben. Der Sinn solcher Methoden? Ich konnte ihn auch nicht fassen, Anna Elisabeth! Ich wußte ebenfalls nicht, daß einem Menschen die Haut so kalt werden kann, daß ein Peitschenhieb zu einer wärmenden Liebkosung wird.

(Fortsetzung folgt.)

Lloyd George über Reparationen und Kriegsschulden.

Wenn die Völker ökonomisch handelten . . .

„Hier ist ein Spiel mit der Zeit, gleichbedeutend einem Spiel mit der Gefahr. Man treibt gewissermaßen Unfug mit dem Vergaser, wenn das Auto bergab rast. Das ganze System der herrschenden Wirtschaftsordnung steht auf dem Spiel. Wenn es zusammenbricht, wird es sich nicht lohnen, von ihm auch nur ein Stückchen Eisen aufzuheben.“

Das ist der Grundton des kürzlich erschienenen Buches von LLOYD GEORGE: „Die Wahrheit über Reparationen und Kriegsschulden.“ (Deutsche Uebersetzung: Verlag für Kulturpolitik, Berlin. 196 Seiten, gebunden 4,50 Mark). Dieser Appell, der getragen ist von der ganzen politischen Genialität und Beredsamkeit, die LLOYD GEORGE eigen ist, wendet sich an die Staatsmänner Europas und Amerikas mit der eindringlichen Forderung, sich schnellstens über die Reparationen und Kriegsschulden zu einigen.

Spricht hier ein anderer LLOYD GEORGE als der in den ersten Jahren nach dem Kriege die Parole verfocht: „Laßt Deutschland zahlen!“? LLOYD GEORGE selber bestreitet einen Gegensatz zwischen einst und jetzt. Einen großen Teil seines Buches widmet er dem Beweis, daß sich seine Meinung über die Reparationsfrage niemals geändert habe.

„Ich habe beharrlich folgende zwei Grundsätze vertreten: daß Deutschland für den Schaden, den es verursacht hat, aufkommen muß — bis zur Grenze seiner Fähigkeit; und daß wir darauf gefaßt sein müssen, unsere endgültigen Ansprüche unter die Gesamtsumme der Schuld hinunterschrauben zu lassen — bis zu der Höhe, die ohne Schaden für den Handel der Empfänger geleistet werden kann.“

Die Lektüre des Buches, in dem das lange Hin und Her um die Reparationen sehr anschaulich dargestellt wird, erweckt den Eindruck, daß LLOYD GEORGE sich von Anfang an über die ökonomische Unmöglichkeit klar war, aus Deutschland große Zahlungen für die Alliierten herauszuholen, ohne deren Wirtschaft zu schädigen. Aber er operierte nach zwei Seiten: Dem englischen Volk, das noch im Kriegswahnsinn lebte, sagte er: „Laßt Deutschland zahlen!“, Hängt den Kaiser!“ Auf den internationalen Konferenzen aber bereitete er sorgfältig einen Ausweg vor für die Zeit, wo der ökonomische Irrsinn seiner Reparationszahlungspolitik enthüllt würde.

Aber lassen wir die Geschichte der Reparationszahlungen beiseite — was schlägt LLOYD GEORGE heute vor? Sein Programm ist:

Reparationen und Kriegsschulden können im Augenblick nicht gezahlt werden. Da es höchstwahrscheinlich ein unrentables Geschäft sein wird, sie aufzuschieben, weil sie durch Handelsverluste, Arbeitslosigkeit und industriellen Niedergang mehr Kosten verursachen als einbringen würden, schlägt er die vorläufige Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden vor. Da diese Schulden durch kriegerische Auseinandersetzungen entstanden sind, sollte ihre Streichung mit der Durchführung einer teilweisen Abrüstung verbunden werden. Ferner sollen allgemein die Zollmauern beseitigt werden.

Wie versucht er, diesen Appell gegenüber Ländern, die sich solchen Vorschlägen sicher widersetzen werden z. B. gegenüber Frankreich und den USA zu rechtfertigen?

Frankreich ist „verzweifelt ängstlich vor allem, was die Heiligkeit des Versailler Vertrages . . . verletzen könnte. . . . Aber ich spreche es so deutlich aus, wie ich nur kann, daß es nach meiner Ansicht und unter den gegenwärtigen Umständen keine Verletzung der Heiligkeit des Versailler Vertrages bedeuten kann, wenn eine Vereinbarung mit dem Ziele zustandekommt, alle weiteren Reparationsforderungen an Deutschland zu streichen. Sie wäre im Gegenteil der richtigste Weg, um ihn zu erfüllen und ihm gerecht zu werden.“

Zur Bekräftigung dieser Behauptung weist LLOYD GEORGE auf Artikel 234 des Versailler Vertrages hin.

Aber sein Ruf wendet sich hauptsächlich an Amerika. „Amerika hält den Schlüssel des Tores in der Hand, das zum Wohlstand führt, sowohl für sich selbst wie für die Welt.“ Die Zustände in Amerika läßt er durch einen seiner Freunde schildern: „Es gibt ein Wort, das alle die Gefühle heute in Amerika ausdrückt. Dieses Wort ist: „Enttäuschung“. Enttäuschung bei den Führern. Enttäuschung bei den Kaufleuten. Enttäuschung in der Politik. Enttäuschung in der Prohibition . . . Die größte Enttäuschung jedoch ist die des Arbeiters . . .“ In dieser Enttäuschung sieht LLOYD GEORGE die Hoffnung auf einen entscheidenden Schritt Amerikas in bezug auf die Kriegsschulden.

„Amerika sollte den Grund für das europäische Bestreben, alle Kriegsschulden einschließlich der Reparationen zu streichen, nicht mißverstehen. . . . England war und ist noch der größte internationale Kaufmann und erkennt die Torheit und die Gefahr vom Standpunkt der Weltwirtschaft, diese Schulden . . . am Leben erhalten zu wollen. Seine Stellungnahme wird durch den gesunden Menschenverstand bestimmt, der weiß, wann es notwendig ist, großzügig zu sein.“

Zum Schluß zitiert LLOYD GEORGE die Feststellung des amerikanischen Schatzsekretärs in dessen Bericht der Schuldenkommission:

„Die gesamten Auslandsschulden sind für das amerikanische Volk in Dollar und Cent nicht so viel wert, wie ein gedeihendes Europa als Kunde.“

Wir sehen: LLOYD GEORGE'S Forderung ist im wesentlichen ökonomisch begründet. Es ist erstaunlich, daß ein so erfahrener Politiker wie LLOYD GEORGE anscheinend glaubt, die Niederschlagung von Kriegsschulden und Reparationen zu erreichen durch den Hinweis auf die dann eintretenden wirtschaftlichen Vorteile für die beteiligten Länder. Der bisherige Verlauf der Reparationsverhandlungen hat deutlich gezeigt, daß die Streichung längst vorgenommen wäre, wenn sich die Nationen in ihrem Handeln durch ihren ökonomischen Vorteil bestimmen ließen. LLOYD GEORGE übersieht das wahre Hindernis für eine vernünftige Regelung der Kriegsschulden- und Reparationsfrage: Wir haben im „Funke“ wiederholt festgestellt und begründet, daß der starke Nationalismus weiter Schichten der Völker und dessen Berücksichtigung seitens der Regierungen die

größte Hemmung ist. Die praktische Arbeit für die Lösung der Reparationszahlungen liegt also im Kampf gegen den Nationalismus innerhalb aller beteiligten Länder.

Es ist allerdings nicht verwunderlich, daß LLOYD GEORGE gerade das vergißt. Er ist so eifrig damit beschäftigt, sich wegen seiner eigenen politischen Vergangenheit zu entschuldigen, daß er die Ähnlichkeit zwischen sich und den Staatsmännern, die heute über das Reparationsproblem verhandeln, nicht bemerkt. In den ersten Jahren nach dem Kriege hörte man in England gern den Ruf: „Laßt Deutschland zahlen!“ LLOYD GEORGE verschloß sich der Einsicht in die ökonomischen Konsequenzen einer solchen Politik und versuchte, lauter zu schreien als die übrigen. Heute ist diese Art von nationalem Eifer in England mörklich abgekühlt, der Schaden der Reparationszahlungen für Englands Wirtschaft ist so offensichtlich, daß alle Parteien von links bis rechts in der Forderung nach Annullierung einig sind. Nun versucht LLOYD GEORGE, am lautesten und nachdrücklichsten hierfür zu schreien. Unglück-

licher Weise gehören aber die Staatsmänner Frankreichs, Deutschlands, Englands und Amerikas zum selben Typ wie LLOYD GEORGE. Sie sind keine Führer, die das als richtig Erkannte verantwortungsbewußt vertreten, sondern sie lassen sich von der öffentlichen Meinung treiben, die u. a. durch die von der Mordindustrie bezahlte Presse gemacht wird und die augenblicklich gerade in den am meisten beteiligten Ländern in hoffnungslosem Nationalismus befangen ist. Insbesondere Deutschlands jetzige Regenten sind nicht geeignet, Frankreich die Beruhigung zu geben, die dies — vielleicht in übertriebenem Maße, aber jedenfalls nicht ohne gewichtigen Grund — erwartet, ehe es in eine Streichung der Kriegsschulden einwilligt.

LLOYD GEORGE bleibt an der Oberfläche des Problems. Es im Kern anpacken, dazu bedarf es anderer Staatsmänner als solcher vom Schlage LLOYD GEORGE'S, nämlich Staatsmänner, die nicht nur die herrschende Wirtschaftsordnung retten wollen, sondern bereit sind, der ganzen Gesellschaft eine neue, gerechte Ordnung zu erarbeiten. Allan Flanders (London).

Ein Mißerfolg der Deutschnationalen beim Staatsgerichtshof.

Durch eine Sparverordnung vom 12. September 1931 hatte die preußische Regierung die Bezüge der Beamten herabgesetzt und einige Besoldungsvorschriften geändert. Die deutschnationale Landtagsfraktion hatte gegen die preußische Regierung eine Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben, um eine Ungültigkeitserklärung dieser Verordnung herbeizuführen.

Der Zweck ihres Vorgehens war der, die preußische Regierung in finanzielle Verlegenheiten zu bringen.

Offenbar hoffte sie, daß die Reichsregierung in diesem Falle eingreifen und einen Reichskommissar für Preußen bestellen würde.

Die Klage der Deutschnationalen ist am Freitag, dem 17. Juni 1932, vor dem Staatsgerichtshof verhandelt worden. Die Deutschnationalen waren unter anderem durch Professor JELLINECK-Heidelberg und Geheimrat Professor Dr. TRIEPEL-Berlin vertreten. (Professor TRIEPEL ist der Vorsitzende der dem Auswärtigen Amt angeschlossenen Prüfungskommission für Regierungsassessoren, welche die diplomatische Laufbahn einschlagen wollen (1)). Die genannten Professoren haben in der Verhandlung den Standpunkt eingenommen, daß wesentliche Bestimmungen der Sparverordnung in die „wohlerworbenen Rechte der Beamten“ eingreifen und daß daher die ganze Sparverordnung als verfassungswidrig anzusehen sei. (Nebenbei: wer schützt die „wohlerworbenen Rechte“ der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung?) Demgegenüber hat die preußische Regierung den Standpunkt

vertreten, der Art. 129 Abs. 1 Satz 3 der Reichsverfassung gebe den Beamten kein Recht auf ständige Beibehaltung der ihnen einmal gewährten Bezüge. (Der fragliche Satz lautet: „Für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten steht der Rechtsweg offen.“) Das Anrecht auf eine zahlenmäßig begrenzte Höhe des Gehalts sei nicht ein „wohlerworbenes Recht“ im Sinne der Reichsverfassung.

Der Staatsgerichtshof hat die Klage der Deutschnationalen im wesentlichen abgewiesen. Nur einige Bestimmungen von untergeordneter Bedeutung hat er für verfassungswidrig erklärt. Für verfassungswidrig hält er die Bestimmungen über die Kürzung der Bezüge der nicht mehr im Amt befindlichen Universitätslehrer. Ferner rügt der Staatsgerichtshof, daß Vorschriften über die Entschädigung von Dienstunfällen von Polizeibeamten mit rückwirkender Kraft erlassen worden sind. Der Staatsgerichtshof hält es auch für verfassungswidrig, daß Beamten die Pflicht auferlegt wird, ein Amt zu übernehmen, welches mit geringeren Einkünften ausgestattet ist, als das bisherige. Schließlich sieht er die Staatsgerichtshof noch als unzulässig an, die Vorschriften über die Gehaltskürzungen der Staatsbeamten auch in solchen Fällen auf Kommunalbeamte auszudehnen, in denen eine Vergleichung des Aufgabenkreises dieser Beamten mit dem der Staatsbeamten nicht möglich ist.

Wie man sieht, handelt es sich hier nur um Bestimmungen von geringerer Bedeutung. Im übrigen ist es aber gelungen, den Angriff der Deutschnationalen auf die preußische Regierung in diesem Falle noch zurückzuweisen.

Kurt Labischin.

Ein Blick hinter die Grenzpfähle.

Arbeiterelend in Holland.

Rücksichtslos, geschickt und zielbewußt setzt die faschistische holländische Regierung mit ihrem Angriff auf die Arbeiterklasse ein, ohne daß die SP und der Gewerkschaftsbund sich der Krise des holländischen Kapitalismus bewußt wären und ausnutzten.

Es gibt auch in Holland einen fünften Stand, der in diesem steinreichen Land ein schreckliches Los hat: Augenblicklich gibt es in Holland 420 000 Arbeitslose.

Der Nationale Gewerkschaftsbund (NVV) stellte am 12. März fest, daß 27 Prozent seiner Mitglieder, und zwar 320 000 Kollegen arbeitslos waren.

In Amsterdam gibt es heute 50 000 Arbeitslose; davon werden 11 030 nicht unterstützt.

In Rotterdam sind 40 000 Menschen arbeitslos; 7000 sind ohne Unterstützung.

Zu Beginn des Jahres wußten die Reformisten nichts Besseres zu tun, als eine Unterstützungsbehörde, ein Krisenkomitee zu gründen. Das hat die Lage für bestimmte Schichten der Arbeiterschaft nur verschlimmert; denn einige Gemeinden verweigerten eine Erhöhung der Unterstützungssätze unter Berufung auf die Arbeit dieser Krisenbehörde. Dabei sind die Leistungen dieses Komitees durch folgende Zahlen gekennzeichnet: Von 4612 Unterstützungsfällen, in denen die Unterstützung in Naturalien bestand, hatten — vor- sichtig geschätzt —

929	einen Wert von je 5 Gulden (1 Gulden = 1,70 Mark) oder weniger,
1097	einen Wert von 5 bis 10 Gulden
361	„ „ „ 15 „ 20 „
194	„ „ „ 20 „ 25 „
92	„ „ „ 25 „ 30 „
45	„ „ „ 30 „ 35 „
16	„ „ „ 35 „ 40 „
33	„ „ „ 40 Gulden oder mehr.

Alle diese Naturalgaben galten als Unterstützung für ein ganzes Jahr.

Die Stätten der zusätzlichen staatlichen Arbeitsbeschaffung sind schreckliche Strafkolonien in Holland. Sie liegen an einsamen Orten, es fehlt an gut überdachten Unterkunftsräumen, an Schlaf- und Waschräumen, an Trinkwasser, an Essen.

Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt 0,30 Gulden (etwa 50 Pfennig); es gibt Wochen mit 50, ja sogar mit 70 Arbeitsstunden.

Bei der geringsten Widersetzlichkeit greift die Polizei mit dem Gummiknüppel und mit Verhaftungen ein. Eine

andere Strafmaßnahme, die bei einigen Bürgermeistern beliebt ist, ist die Aussperrung eines Arbeiters auf etwa drei Wochen. Das bedeutet die Verurteilung zum Hunger, zu grausamem Hunger; denn in dieser Zeit erhalten die Arbeiter kein Geld.

In einem Ort hatte ein Arbeiter den Mut, auf dem Dach der Hütte, in dem seine Arbeitskolonie hauste, ein rotes Taschentuch als Fahne aufzuziehen. Da niemand den Täter verraten wollte, wurde die ganze Gruppe für drei Wochen ausgesperrt. Es gibt noch Beispiele von Solidarität!

Die neue Partei, die OSP (Oppositionspartei der SP) hat schon in einigen Orten mit der Agitation begonnen; sie arbeitet unter den von der staatlichen Arbeitsbeschaffung erfaßten Arbeitern. Sie hat sich dabei den Haß der Gewerkschaften zugezogen, die die neue Partei nach Kräften zu verächtigen und zu spalten suchen. Simon Aarset.

Ein Monat Gefängnis für Liedersingen!

Auf einem Freibadeplatz an der schönen Isar pflegten einige Genossen sozialistische Kampflieder zu singen. Da sie gut sangen, hatten sie zahlreiche Zuhörer, gelegentlich 200 Personen. Wenn die Polizei kam, wurden Wanderlieder gesungen und Volkslieder. Nun hat aber die Polizei einen Fischzug getan: sie hat einen jungen Mann erwischt, als er wirklich sich am Singen von Kampfliedern beteiligte. Dieser Genosse wurde vor einigen Tagen vom Strafgericht München „wegen Vergehens der Teilnahme an einer verbotenen politischen Versammlung unter freiem Himmel“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das geschah etwa zur gleichen Zeit, als der Mörder des sozialdemokratischen Stadtverordneten FRANZ GRUHS wegen dieser gemeinen Mordtat überhaupt nicht bestraft, sondern wegen gefährlicher Körperverletzung — zwei Wochen Gefängnis erhielt.

Der schreienden Ungerechtigkeit der deutschen Gerichte gegenüber beweist die gemartete Arbeiterschaft eine Eselsgeduld — gerade so wie sie von HEINRICH HEINE dem Deutschen nachgesagt wird im Verhältnis zu anderen Größen:

„Der Deutsche, er wird gemächlich bleiben
Sogar im terroristischen Treiben.
Der Deutsche wird die Majestät
Behandeln stets mit Pietät.
In einer sechsspännigen Hofkarosse,
Schwarz pannaschiert und beflort die Rosse,
Hoch auf dem Bock mit der Trauerpeitsche
Der weinende Kutscher — so wird der deutsche
Monarch einst nach dem Richtplatz kutschert
Und untertänigt guillotiniert. —

Erwerbslosenversammlung in Kassel für die Einheitsfront!

Auch die Genossen von der „Eisernen Front“.

W. Sch. Kassel, 23. Juni.

Seit Jahren hat der ADGB in Kassel keine Erwerbslosenversammlung einberufen, wie der Vorsitzende des ADGB betonte, um die parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der freien Gewerkschaften nicht aufeinanderprallen zu lassen. In der ersten Versammlung, die jetzt nach dieser langen Pause stattfand, und die von ungefähr 500 erwerbslosen Gewerkschaftskollegen besucht war, zeigte sich der spontane Wille der Kasseler Arbeiterschaft zur Einheitsfront.

Der Redner: Reichstagsabgeordneter SCHNABRICH (SPD), wandte sich vor allen Dingen gegen den Unterstüßungsraub durch die Regierung PAPAN. Er forderte auf, die „Eiserne Front“ zu unterstützen und erforderlichen Falls die Regierung PAPAN außerparlamentarisch zu stürzen.

Die SPD sei überhaupt nie der Meinung gewesen, wie ihre Gegner ihr das vorwerfen, daß der Sozialismus „auf dem Parkettboden irgend eines Parlaments“ errungen werde.

Der Beifall gerade an den Stellen, wo auf die außerparlamentarischen Kämpfe hingewiesen wurde, beweist, daß die Mehrzahl der im ADGB organisierten Arbeiter darauf wartet, von der Führung des ADGB konkrete Vorschläge für die Organisation der Einheitsfront zu erhalten.

Auch in der sehr lebhaften Diskussion, an der sich Vertreter der verschiedenen parteipolitischen Richtungen außer der KP beteiligten, kam das sehr deutlich zum Ausdruck. Die von einem Diskussionsredner eingebrachte Resolution, in der gefordert wird, daß der Vorstand des ADGB an alle Arbeiterparteien zur Bildung eines linken Wahlblocks für die Wahlen am 31. Juli herantreten soll, wurde einstimmig angenommen, obwohl die Mehrzahl der Anwesenden der „Eisernen Front“ angehören. Die Diskussion war auch in anderer Hinsicht interessant. Sie zeigte, wie verfehlt es heute ist, immer wieder die Fehler der Arbeiterparteien aufzurollen, noch dazu, wenn man keine praktischen Vorschläge zur Schaffung der Einheitsfront macht. Ein Redner, der z. B. auf die augenblickliche Tatenlosigkeit des „Reichsbanners“ hinwies, wurde dauernd unterbrochen.

Gleich zu Beginn der Versammlung wurde vom Versammlungsleiter auf die verhängnisvolle Lage der Arbeiterschaft hingewiesen, und er forderte auf, die parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten in dieser Versammlung nicht auszutragen und das Einigende in den Vordergrund zu stellen. Im allgemeinen kam man dieser Aufforderung auch nach. Durch Zwischenrufe gereizt, konnte es sich aber der Redner in seinem Schlußwort nicht verkneifen, auf einen Aufruf des ZK der KP hinzuweisen, der u. a. besagt, daß von der KP der Kampf gegen die SP weiterhin mit gleicher Schärfe geführt werden müsse.

Die Rolle der Kasseler KP wird dadurch gekennzeichnet, daß nicht ein einziger Kommunist in der Diskussion sprach.

„Der gesamte Betriebsrat der Schuhfabrik“

HÖFMANN & STENGER, Erfurt,

fordern die Namen von 275 Arbeitern und Angestellten vom ADGB und vom AFA-Bund, sofort in Verhandlungen mit allen Arbeiterparteien zu treten, um trotz aller bestehenden Schwierigkeiten den Versuch zu unternehmen, für die kommende Reichstagswahl und für die zu erwartenden außerparlamentarischen Kämpfe einen einheitlichen linken Block SPD-KPD zu schaffen. Die vom Betriebsrat vertretenen Arbeiter und Angestellten sind sich darüber einig, daß nur durch das Einsetzen aller Kräfte der geeinten Arbeiterschaft die reaktionären Anschläge gegen sie und der drohende Faschismus in letzter Stunde entscheidend geschlagen werden können.

Für 275 Arbeiter und Angestellte der Betriebsrat.

Quittung

über Spenden für den Werbefonds des „Funken“.

E. A. in S. 30.— M.; R. L. in G. 60.— M.; R. B. in S. 20.— M.; J. S. in B. 1.— M.; F. L. in K. 10.— M.; A. B. in P. 25.— M.; P. W. in M. 2.— M.; H. S. in D. 23,40 M.; R. L. in B. 45,25 M.; Sammlung H. 77.— M.

Wir danken allen Spendern herzlich, und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Moabit, Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr, im Restaurant von Hase, Pätzstr. 18. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bezirk Südost, Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, im Clubhaus, Ohmstr. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bremen: Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Verbandsbau der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Wer sabotiert den Aufbau der Einheitsfront?

Eisenach: Mittwoch, 29. Juni, 20.15 Uhr, im Gasthaus „Goldener Engel“. Thema: Der Weg zur Einheitsfront des Proletariats. Redner: Karl Eberlin, Kassel. Unkostenbeitrag: 10 und 5 Pfennig.

Gelsenkirchen: Sonntag, den 26. Juni, 20 Uhr, im Saal der Wirtschaft Schubert (früher Fieber), Gelsenkirchen-Neustadt, Martinstr. 6. Thema: Wie schaffen wir einen einheitlichen linken Wahlblock SPD bis KPD?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg
Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, I, Tel. Bergmann 8786.

Ortsgruppe Neukölln: Funktionärsversammlung Montag, 27. Juni, um 8 Uhr abends. Lokal Schwärz, Kopist. 18.

Bezirksvorstand Berlin: Sitzung Mittwoch, 29. Juni, um 5 Uhr nachmittags. Im Sekretariat, Wilhelmstr. 135.

Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung Freitag, 1. Juli, um 8 Uhr abends. Im Lokal Gernar, Kaiser-Friedrich-Str. 30, Ecke Grünstraße.

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg: Am Sonntag, 3. Juli, findet in Berlin die Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt.

Tagesordnung: 1. Wie organisieren wir die überparteiliche Klassenolidarität? Referent: Genosse Jacob Schlor. 2. Bericht des BV und nächste Aufgaben. Referent: Genosse Fritz Schlotka. 3. Diskussion. 4. Wahlen. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. — Beginn der Konferenz 10 Uhr vormittags. Auf zehn Mitglieder entfällt ein Delegierter. Delegierte und Anträge sind bis 26. Juni an dem BV zu melden. Delegierte müssen Ausweis der Ortsgruppe und Mitgliedsbuch mitbringen. Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg.

Erfolg der RGO?

Streik im Steinbruch Rauen in Mülheim (Ruhr).

M. H. Wir haben im „Funken“ wiederholt unsere Meinung über die Aussichtslosigkeit der RGO gesagt und unsere Forderung begründet, sie zu liquidieren, um die Einheit der Gewerkschaften wiederherzustellen, und dies gerade im Interesse der Führung der Wirtschaftskämpfe. Es wird uns oft von Kommunisten eingewandt, daß die RGO gar nicht so erfolglos sei, daß es ihr vielmehr — natürlich vorläufig nur in kleineren Aktionen — gelinge, Arbeitskämpfe mit Erfolg zu führen. Wir halten es für wichtig, wirkliche Erfolge der RGO mitzuteilen und zu ihnen Stellung zu nehmen. Darum berichten wir auf Grund unserer eigenen Ermittlungen über einen von der KP-Presse gemeldeten „erfolgreichen Streik der RGO“ im Steinbruch Rauen in Mülheim/Ruhr, der in KP-Zeitungen ausdrücklich als das „mustergültige Beispiel eines betrieblichen Streiks“ dargestellt wird.

Tatsächlich wurde Anfang Mai durch einen achtstündigen Streik der im Steinbruch Rauen beschäftigten etwa 70 Arbeiter ein Lohnabbau verhindert. Der Unternehmer wollte statt 0,78 Mark Stundenlohn für die Facharbeiter nur noch 0,60 Mark, statt 0,64 Mark für die Hilfsarbeiter nur noch 0,50 Mark zahlen. Daraufhin legten die Arbeiter geschlossen die Arbeit nieder. Es gelang, den Versuch des Unternehmers, Streikbrecher in den Betrieb zu bringen, zu vereiteln. Die Forderung auf Weiterzahlung der alten Löhne wurde durchgesetzt.

Welches war nun die Rolle der RGO bei diesem Streik? Die „Führung des Streiks“ beschränkte sich darauf, daß RGO-Kollegen, die selber nicht im Steinbruch arbeiteten, Flugblätter mit der Aufforderung zum Streik vor dem Betriebe verteilten. (Im Steinbruch waren nur wenige Kollegen organisiert, zwei in der RGO, ein paar freigewerkschaftlich).

Ferner waren es RGO- und KP-Mitglieder, die verhinderten, daß die vom Unternehmer schleunigst aus Essen herbeigeholten Streikbrecher in den Steinbruch gelangten. Sie mußten sogleich wieder umkehren. Der KP-Bericht stellt nun als besonderen Erfolg der RGO dar, daß eine Reihe von Betriebsforderungen (u. a. Wahl eines Betriebsrats, Sicherheitsmaßnahmen) gleichzeitig durchgesetzt wurden. Davon ist an Ort und Stelle nichts bekannt. Ferner sei das Vertrauen der Belegschaft zur RGO so gewachsen, daß „mit einem Schlage eine Betriebsgruppe der RGO“ geschaffen und ein „Vertrauensleutkörper von 10 Kollegen gebildet“ worden sei. Auch davon war, etwa drei Wochen nach dem Streik, im Steinbruch nichts bekannt. Außer den Flugblättern anläßlich des Streiks wußten die Arbeiter nichts von der RGO! Nur einige entsannen sich überhaupt, und auch nur dunkel, daß mal irgend jemand Baustellendelogeierter geworden sei, gemerkt hätten sie aber dann nichts weiter davon.

Wenn dies ein Beispiel einer „mustergültigen“ RGO-Aktion ist — wie mögen dann die weniger muster-gültigen bei näherer Prüfung aussehen? Aber, von den leidet für kommunistische Berichterstattung typischen Übertreibungen abgesehen, ein Erfolg bleibt der abgewehrte Lohnabbau doch immerhin? Gewiß, aber um ihn zu erringen, war die RGO nicht nötig. Das Gleiche hätte auch im Rahmen einer freigewerkschaftlichen Aktion durchgesetzt werden können, wie mancho Teilstreiks dieser Wochen unter freigewerkschaftlicher Führung bowiesen haben, über die der „Funke“ berichtet hat. (Z. B. bei dem Streik in den Berliner Wurstfabriken, bei den Bauschlossern und den graphischen Hilfsarbeitern.) Gerade wenn die kampfentschlossenen Genossen ihre Tätigkeit in den Freien Gewerkschaften entfalten, können größere Erfolge für die Arbeiter errungen werden.

Lohnabbau im Malergewerbe.

F. G. Auf Grund des Schiedsspruchs über den Reichslohnvertrag für das Malergewerbe, der vor einigen Tagen gefüllt wurde und über den das Reichstarifamt am 5. Juli endgültig entscheiden soll, soll der Lohn für die Maler in Berlin von 1,25 Mark auf 1 Mark herabgesetzt werden. Die Funktionäre, denen der Bezirksleiter HAIN über die Verhandlungen Bericht erstattete, nahmen den Schiedsspruch an, da sie bei einer Arbeitslosigkeit von 77 Prozent ihrer Kollegen nicht die Möglichkeit sehen, das Ergebnis durch Streik zu verbessern und Tariflosigkeit gegenwärtig noch weniger erfolgversprechend scheint.

Verschiedentlich besteht noch die Hoffnung, daß es bei Verhandlungen vor dem Reichstarifamt am 5. Juli den Organisationsvertretern gelingen wird, für Berlin wenigstens einen Lohn von 1,05 Mark festzulegen. Wenn solche Aussichten noch bestehen, warum stimmen dann die Funktionäre schon dem Schiedsspruch zu?

Streikerfolg der Bauklempner.

F. G. Der Streik der Bauklempner und Gas- und Wasserrohrleger der Betriebe der Berliner Klempner- und Installateur-Innung, der seit vier Wochen geführt wurde, ist jetzt abgebrochen worden. Die Vertreter der Innungsbetriebe haben den Forderungen der Arbeiter weitgehend zugestimmt, indem sie die Lohnvereinbarung in der Zentralheizungs-Industrie auch für ihre Betriebe anerkannt haben. Das heißt, sie haben ihr beabsichtigtes Lohndiktat von 1,03 Mark fallen gelassen, und sind bereit, 1,16 Mark zu zahlen.

Für die Arbeiter werden Verschlechterungen eintreten bezüglich der Erstattung des Fahrgeldes sowie der Fahr- und Laufzeit. In der Urlaubsfrage tritt die Verschlechterung ein, daß Arbeiter, die zwei Jahre in einem Betrieb sind, nicht

mehr 6 sondern nur 5 Tage Urlaub erhalten. Lohn- und Monteltarif soll bis zum 31. März 1933 gelten. Die Zustimmung der Mitglieder der Innung zu dieser Vereinbarung steht allerdings noch aus.

Die Beendigung des Kampfes auf dieser Grundlage bedeutet einen Erfolg für die Klempner, da das Lohndiktat so gut wie völlig abgewehrt worden ist.

Zwangsurlaub für 2500 Arbeiter.

b. Oberhausen, 24. Juni.

Die Verwaltung der Gutehoffnungshütte teilt mit, daß ab Sonntag 10 Tage lang die Stahl- und Walzwerke der Oberhausener Betriebe fast völlig ruhen und in der Eisenhütte nur ein Hochofen zwecks Gasversorgung weiter betrieben wird. 2500 Arbeiter erhalten „Urlaub“; sie bekommen während dieser Zeit Kurzarbeiterunterstützung.

Arbeitslose halten zusammen.

In Donawitz (in der Steiermark) stießen Landjäger und Beamte, die den Auftrag hatten, eine Arbeiterfamilie zu exzitieren, bei der Durchführung dieses Befehls auf entschlossenen Widerstand von etwa 900 Arbeitslosen, die sich nicht einmal zurückschrecken ließen, als die Landjäger von ihren Tränengasbomben Gebrauch machten. Erst als die Beamten zu den Schußwaffen griffen und sich schuffertig machten, gingen die Arbeitslosen zurück. Sie zogen darauf vor ein Kaufhaus, dessen Fensterscheiben sie zortrümmerten.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit

Herren Anzüge
Mäntel
Damen Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H. r. 4

Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inrates 5% Rabatt!

Bürobedarfartikel.

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann.
Hamburg / Bardestraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wacht Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gewirkt bei Chiffren
eudere inserieren!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt

Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnt. P 1 Moritzplatz 5471

Naturreiner, echter Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM. 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM. 5,50

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni:
23.-27. Zwei Chaplin-Filme:

Chaplin: Die Nächte einer
schönen Frau mit Menjou, Ferruccio.
Chaplin in: Ein Hundeleben.

Aufangzeiten: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Indien in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Von KARL HINKEL

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten.
Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

„... In diesem Buche, das von hohem sittlichen Ernst für die Lage des Volkes getragen ist, wird über Tatsachen berichtet, die dem Europäer meist unbekannt sind... An Hand eines wissenschaftlichen Leitfadens werden die Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung in Indien und deren Aussicht auf Verwirklichung erörtert.“

„Gewerkschaft“, Nr. 29 vom 28. Mai 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 31 842.

Der Kampf um die Macht. Hitler gegen Schleicher.

Hk. Als Herr von SCHLEICHER der Sturz BRÜNNINGS gelungen war, und SCHLEICHER dann das Reichswehrministerium als dessen offizieller Leiter übernahm, schrieb eine dänische Zeitung: die Regierungskrise habe mindestens den Erfolg zutage gefördert, daß eins der rührigsten Unterseeboote der deutschen Politik an die Oberfläche gekommen sei.

Für SCHLEICHER wird mittlerweile die Frage brennend, ob er mehr ist als ein Unterseeboot, ob er den lauten Kampf um die Straße und um das Prestige des Herrn im Hause aufnehmen wird. Dieser Kampf wird SCHLEICHER von HITLER aufgefordert, und HITLER führt ihn in der rücksichtslosesten Weise.

In der Nationalsozialistischen Korrespondenz erhebt er die Forderung, die „Zentralstelle des Bürgerkrieges, das Berliner KARL-LIEBKNECHT-Haus (KPD-Zentrale) müsse ausgeräuchert werden“. Und: „Wir

fordern raschest die Verhängung des Ausnahmezustandes im gesamten deutschen Staatsgebiet,

ein rücksichtslos durchgeführtes Verbot der KPD und ihrer Deck-Organisationen, Säuberung der schwarzen Polizeikräfte, insbesondere in Preußen. Es ist fünf Minuten vor Zwölf. 15 Millionen Nationalsozialisten fordern wiederum die schon seit Wochen verabsäumte und ängstlich gemiedene Tat: Bleibt sie auch jetzt wieder aus, dann wird die Entwicklung ihren Lauf nehmen müssen“.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß auch SCHLEICHER auf ein Verbot der KPD (und nicht nur der KPD) hinarbeitet, aber es muß ihm wegen der damit verbundenen Schädigung seines Ansehens als des Herrn im Hause höchst unerwünscht sein, ein solches Verbot unter einem so demonstrativen Druck HITLERS und seiner Banden zu erlassen. Nicht nur ein Nachgeben, auch ein Schweigen gegenüber einer so frechen Drohung wird Herrn von SCHLEICHER als Schwäche ausgelegt werden, wird von HITLER als solche propagandistisch ausgenutzt werden und so tatsächlich für den frecheren Konkurrenten einen Sprung vorwärts im Wettrennen um die Macht bedeuten.

So laut und so frech wie möglich — das ist HITLERS Methode, um sich die Öffentlichkeit durch Einschüchterung gefügig zu machen. Soeben wendet er sich wieder mit dieser Einschüchterungsmethode

an die Adresse der preußischen Polizeibeamten: die Nazi-Fraktion des Preußen-Landtages hat beantragt, das Staatsministerium anzuweisen,

„daß gegen die Polizeiverwalter rücksichtslos Dienststrafverfahren mit dem Ziele der ruhegehaltlosen Dienstentlassung eingeleitet werden, falls sich herausstellt, daß diese es an der nötigen Umsicht und Schärfe des Durchgreifens gegenüber marxistischen Terroristen fehlen lassen.“

Wirksam ist dieser Antrag als eine suggestive Kundgebung:

dies, ihr Polizeibeamten Preußens, ist mein Wille, der Wille des kommenden Mannes!

So drückt die Kundgebung nicht zu wirken und sie würde nicht so wirken, wenn die Polizeibeamten einen Halt an einer kraftvollen antifaschistischen Führung haben würden.

Aber die läßt SEVERING vermissen.

GRZESINSKI hat jetzt einen kleinen Vorstoß gewagt, indem er die

Freitagnummer des „Angriff“ beschlagnahmte

ließ — reichlich spät allerdings, sodaß sie noch tüchtig verkauft worden ist. Der Grund für die Beschlagnahme ist: Hetze gegen GRZESINSKI und den Berliner Vizepolizeipräsidenten WEISS.

Daß SCHLEICHER im Inhalt der Forderung nach dem Verbot der KPD mit HITLER ganz einig ist, beweisen die viel weiter gehenden Wünsche, die die SCHLEICHER nahestehende „Berliner Borsezeitung“ äußert. Sie benutzt den von uns

mitgeteilten „dringenden Appell“ zur Einheitsfront im Wahlkampf, um gegen die „Reichsbanner“-Führer, die den Aufruf mitunterzeichneten, z. B. gegen ERKELENZ und WALTER HAMMER, und gegen das „Reichsbanner“ selber zu hetzen: es sei in Einheitsfront mit „Rotmord“. Der

Wunsch nach dem Verbot des „Reichsbanners“ ist hier äußerst durchsichtig.

Die Nazis erreichen im Kampf um die Macht sehr viel mit Aktionen, von denen eine suggestive Propagandawirkung ausgeht.

Auf diesem Gebiet würde die Arbeiterschaft eine Gegenwirkung von unabhäbbarer Kraft ausüben durch einen so großartigen und

demonstrativen Schritt wie die Aufstellung gemeinsamer Listen zum 31. Juli.

Die bloße Listenverbindung auf der Reichsliste kann bei weitem nicht einen so starken suggestiven Auftrieb hervorbringen; denn dieser Akt würde nicht den Rahmen des Parteiinteresses überschreiten; des Interesses, keine Stimmen zu verlieren.

Durch den von uns und von Tausenden von Arbeitern geforderten energischen Schritt zur Einheitsfront kämen wir endlich aus der traurigen Lage heraus, immer nur über den Machtkampf innerhalb des Lagers des Klassegegners berichten zu müssen.

Deswegen: füllt die Unterschriftenlisten des Volksbegehrens der Arbeiterschaft für die Einheitsfront im Wahlkampf!

Die nationalsozialistische preußische Landtagsfraktion hat am Freitag eine Abordnung zum Reichsinnenminister und merkwürdiger Weise auch ins Reichswehrministerium

geschickt. Die NS haben Material über „Ueberfälle auf Parteilangehörige“ übergeben, haben Maßnahmen gegen die „Mordzentrale im KARL-LIEBKNECHT-Haus“ verlangt, und die Drohungen der Nationalsozialistischen Korrespondenz wiederholt. Der preußische Nazi-Pressedienst meldet über den Empfang im Reichswehrministerium (durch Oberst von BREDOW:

„Die Führer wiesen besonders darauf hin, daß sie es sich einfach nicht länger gefallen lassen würden, daß täglich unter den Augen der preußischen Polizei Dutzende von SA-Leuten viehisch ermordet oder sonst zusammengeschlagen würden. Der Chef des Ministeramtes erklärte, daß er die Beschwore in der nächsten Kabinettsitzung nachdrücklich behandeln wolle und sagte eine entsprechende Abhilfe zu“.

Auch über den Empfang im Reichsinnenministerium behauptet der Nazi-Pressedienst:

„Reichsinnenminister Freiherr von GAYL versprach, die geeigneten Schritte zur Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände schon innerhalb von 24 Stunden vorzunehmen. . . . Die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in ganz Deutschland wurde bis spätestens Mitte nächster Woche mit aller Bestimmtheit zugesagt.“

Natürlich muß man bei der Hemmungslosigkeit der nationalsozialistischen Suggestivpropaganda diese Mitteilungen mit Mißtrauen aufnehmen. Von seiten der Regierung ist bisher keine Richtigstellung oder sonst eine Mitteilung über den Empfang der Nazis erfolgt.

Sämtliche Nazi-Gauleiter und ihre Propaganda-Leitern tagen am 27. und 28. Juni in München; unter anderem, um den Reichstagswahlkampf vorzubereiten.

Bayern sagt ab.

w München, 25. Juni.

In der heutigen Vollsitzung des Landtages gab Ministerpräsident HELD eine Erklärung ab:

Die bayerische Staatsregierung habe das Ersuchen des Reichsinnenministeriums, dem Ernst der Lage entsprechend, sorgfältig und ohne jede Voreingenommenheit geprüft. Das Gesamtministerium habe nach eingehenden Beratungen

einstimmig beschlossen, daß es nicht in der Lage sei, dem Ersuchen des Reichsinnenministeriums zu entsprechen.

Zur Begründung

führte er unter anderem aus: Die Rechtsgrundlage der bayerischen Vorordnung sei unbestritten. Das Ersuchen des Reichsinnenministers sei nicht darauf gegründet, daß das landesrechtliche Verbot dem Reichsrecht widerspreche, sondern daß es mit der gegenwärtigen Reichspolitik nicht im Einklang stehe. Bayern sei gerade infolge des völligen Verbots jeglicher Uniformen und jeglicher Aufzüge von gewaltsamen Zusammenstößen, wie sie anderwärts vorgekommen seien, verschont geblieben.

Die Verantwortung für Entschlüsse, wie sie die Reichsregierung verlange, sei vor dem Gewissen und vor der Geschichte so außerordentlich schwer, daß die bayerische Staatsregierung sie ausschließlich denjenigen überlassen müsse, die ungeachtet der von fast allen Ländern geäußerten schweren Bedenken auf der Durchführung solcher Beschlüsse bestehen wollten. Wegen der außerordentlichen Bedeutung der Angelegenheit habe der Ministerpräsident

dem Reichspräsidenten VON HINDENBURG heute die Stellungnahme Bayerns in einem besonderen Schreiben mitgeteilt

und ausdrücklich betont, daß die bayerische Regierung auf dem Boden der Reichsverfassung sei und bleibe, so wie sich das bayerische Volk in seiner Treue zum deutschen Vaterland von keinem anderen Reichsteil übertreffen lasse. Wie immer die Entscheidung der Reichsregierung ausfallen möge, die bayerische Regierung lasse keinen Zweifel darüber aufkom-

men, daß sie im Rahmen der Reichsverfassung und des Reichsrechts

mit allen Mitteln gegen jeden Bruch der Rechtsordnung und gegen alle Versuche einschreiten werde, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden.

Der Landtag, mit Ausnahme der Kommunisten und der ausgeschlossenen Nationalsozialisten stellte sich in einer Entschließung hinter die Politik der bayerischen Regierung.

Jetzt steht bei HINDENBURG, PAPAN, GAYL und SCHLEICHER die Entscheidung, ob sie weiterhin eine Bewegung des Mordes auf der Straße unterstützen wollen.

PAPAN kommt am Sonnabend für kurze Zeit von Lausanne nach Berlin.

**Fordert Unterschriften-Listen an!
Zeichnet Euch ein! Sammelt Unterschriften!**

Der „Angriff“

ist erfreulicher Weise für fünf Tage verboten worden wegen der in seiner Freitag-Nummer enthaltenen Urteile gegen den Polizeivizepräsidenten.

Notverordnung bringt größere Not.

Finanznot der Stadt Berlin.

In der Stadtverordneten-Versammlung vom Freitag führte Stadtkämmerer ASCH aus, die Notverordnungen hätten für die städtischen Finanzen nur eine unzulängliche Entlastung gebracht, dafür aber eine starke organisatorische Mehrbelastung. Der Fehlbetrag des Berliner Haushalts werde nur zu 30 bis 40 Prozent gedeckt. Die Erwerbslosenhilfe der Reichsnotverordnung bedeute für Berlin eine Entlastung um 47 Millionen Mark. Der erforderliche organisatorische Ausbau mache aber alle Ersparnisse, die in den vergangenen Jahren im Personalbestand getroffen waren, wieder rückgängig.

Die Vorlage und Verabschiedung des Haushaltsplans sei unter diesen Umständen zur Zeit unmöglich. Es bleibe nichts weiter übrig, als sie zunächst zu vertagen und den Oberbürgermeister zu ermächtigen, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs und der vom Haushaltsausschuß gefaßten Entschlüsse vorläufig mit allergrößter Sparsamkeit weiter zu wirtschaften.

Der preußische Dreimännerausschuß.

In seinem überheblichen Schreiben an HIRTSIEFER hat vor einiger Zeit KERRI gesagt, er wolle den Dreimännerausschuß als dessen zur Zeit „einziger legitimer Vertreter“ einberufen. Diese Bemerkung hat jetzt der Präsident des preußischen Staatsrats, ADENAUER, in einem Protestschreiben an KERRI richtiggestellt:

„Der Präsident des Staatsrats ist gleichberechtigtes Mitglied des in Artikel 14 der Verfassung vorgesehenen Dreimännerausschusses und kann wie jedes der Mitglieder den Zusammentritt auch seinerseits verlangen.“

Die fragliche Stelle des Artikels 14 lautet: „Die Auflösung des Landtags erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Landtags und des Staatsrats bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid.“

STRASSER, der Vorsitzende des „Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“, hat auf die Anträge der KPD, der SPD, des Zentrums und der Saatspartei auf Einberufung des Ausschusses bisher nicht reagiert. LÖBE hat nun noch einmal an ihn geschrieben und will, wenn wieder keine Antwort erfolgt, das älteste Mitglied des Ausschusses bitten, ihn einzuberufen.

Der Nazi-Terror.

5. An drei Orten steht nach wie vor der Nazi-Terror zur Diskussion: in den Polizeipräsidenten der Länder, in den Parlamenten und auf der Straße, wo er bisher von seiten der sozialistischen Arbeiter — allerdings mit schweren Opfern an Leben und Freiheit — am wirksamsten bekämpft wird. Aus den Vorgängen melden wir die wichtigsten Ergebnisse des vergangenen Tages:

In Düsseldorf fand beim Regierungspräsidenten eine Besprechung mit den Polizeipräsidenten, Landräten und Polizeiverwaltern des Regierungsbezirks Düsseldorf statt. Ergebnis: Die Polizei sei in der Lage, auch größeren Anforderungen als den bisherigen gerecht zu werden, eine Ansicht, die von vielen Polizeipräsidenten, auch von dem Berliner, geteilt wird. Welcher vorünftige Mensch kann es verstehen, daß diese Macht nicht zur rechtzeitigen Verhinderung des Bürgerkrieges eingesetzt wird, sondern daß man wartet, bis dieser Krieg noch toller im Gang ist als bisher?

Im Württembergischen Landtag erschienen am Freitag die Nationalsozialisten in Uniform. Daraufhin beantragte ein Zentrumsmitglied Vertagung, worüber der nationalsozialistische Präsident MERTGENTHALER nicht abstimmen ließ. Unter ungeheurem Lärm und bereits einsetzenden schweren Zusammenstößen verließen dann die Linken, Demokraten und Zentrums-Mitglieder, den Saal. Die Beschlußunfähigkeit des Hauses hatte sich damit ergeben. Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt; dann soll zur Frage der Parteiuniform Stellung genommen werden.

In Duisburg begleiteten etwa 10 000 Kommunisten den Beerdigungszug ihres Genossen BISCHOFF. Dreißig Ueberfallwagen der Polizei fuhren neben den Zügen. Diese Bewachung erregte die Menge. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei mit Schusswaffen eingriff.

In dem Kampf am Fischerkiez in Alt-Berlin sind drei Kommunisten schwer verletzt worden; einer von ihnen, der 22jährige Arbeiter PRÜFER, ringt mit dem Tode. Die Polizei

hat festgestellt, daß SA-Leute von der U-Bahnstation Inselbrücke in geschlossener Formation in die Fischerstraße eingedrungen sind. Haussuchungen ergaben keine Waffenfunde bei den Bewohnern, kein Nazi hat einen Schuß aus den Häusern erhalten. 26 Nazis und 15 Kommunisten sind verhaftet worden.

Zu den Vorgängen an der Frankfurter Universität — uniformierte Nazis haben dort schwere Provokationen hervorgerufen — schreibt uns ein Augenzeuge: „Vor dem Hauptingang der Universität versammelten sich 200 bis 300 uniformierte SA-Leute. Auf dem Vorsprung einer Mauer hält einer eine Ansprache. Von der Polizei ist nicht viel zu sehen. Lieder werden angestimmt.“

In einer Gruppe sozialistischer Studenten, die auch am Eingang stehen, wird die Internationale angestimmt. Diese Studenten werden von der Polizei zurückgedrängt und mit Gummiknüppeln in das Innere der Universität gelagt.

Die SA-Leute folgen ihnen, bewaffnet mit Gürteln und Schlüsseln. Von einer Balustrade kracht ein irdenes Geschirr in den Lichthof hinunter. Langsam sammeln sich unsere Genossen; viele bluten, einige sind ernstlicher verletzt.

Der Podell räumt die Universität; der Widerstand der roten Studenten, die nicht unter die Horde der SA geraten wollen, ist vergeblich. Der Rektor bemüht sich hilflos, durch beruhigende Gespräche einzugreifen.

Wir haben alle das beschämende Gefühl: War dies alles erst nötig, um die Einsicht endlich dahin zu bringen, daß wir die Einheitsfront brauchen?

Montagabend findet eine antifaschistische Kundgebung statt im Zeichen der Einheitsfront. Einberufer: Die sozialistische Studentenschaft und die Rote Studentengruppe.“

In Magdeburg fand am Freitagabend eine Straßenschlacht statt zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Polizei hatte Mühe, die Ruhe zu erzwingen. Eine große Zahl der Kämpfenden ist erheblich verletzt worden.

Bodensperre in Japan.

Um die Vorgänge in Japan, insbesondere das ungeheure Ausdehnungstreben der jetzigen Regierung in der Mandchurei, zu verstehen, muß man den sozial-ökonomischen Aufbau Japans einer genaueren Betrachtung unterziehen. Bereits in früheren Nummern war davon die Rede (in Nr. 22, 27, 75). Heute wollen wir uns besonders mit der *Bodenfrage* befassen.

Bei allen derartigen Untersuchungen zeigt sich, wie ähnlich die wirtschaftliche Entwicklung in den verschiedensten Ländern verläuft. Die Schwierigkeiten, die sich beim Aufkommen des Kapitalismus ergeben, und deren Ursachen sind überall dieselben, tragen wahrhaft internationalen Charakter. Und wenn man des öfteren schon von Japan als dem „Preußen des Fernen Ostens“ gesprochen hat im Hinblick auf seine militärischen „Fortschritte“ infolge Nachahmung der preussischen Armee, so kann diese Vergleichung mit mindestens demselben Recht in Bezug auf die Agrarentwicklung angestellt werden.

Trotz der beschleunigten Industrialisierung in der letztvergangenen Jahrzehnten ist in Japan noch immer die Hälfte der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig! 1916 wurden 5 457 000 Bauernfamilien gezählt, das sind 55 Prozent der Gesamtbevölkerung, 1926 waren es 5 555 000 Familien oder 49 Prozent der Gesamtbevölkerung. (Während dieses Jahrzehnts ist die gesamte Bevölkerung nämlich ziemlich stark gewachsen; daher trotz zahlenmäßiger Zunahme Abnahme des prozentualen Anteils der Bauernbevölkerung).

Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche beträgt 5 1/2 Millionen Hektar, die sich auf ebenfalls 5 1/2 Millionen landwirtschaftliche Betriebe verteilen, sodaß auf den Betrieb im Durchschnitt 1 Hektar kommt (4 preussische Morgen).

Die Bodenverteilung in Japan.

Im einzelnen verteilte sich der Boden nach den Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten Ende 1926 folgendermaßen:

unter 5 Tan (1/2 Hektar)	1 951 000 Familien
5 Tan bis 1 Cho (1/2 bis 1 Hektar)	1 885 000 „
1 bis 2 Cho (Hektar)	1 190 000 „
2 bis 3 Cho (Hektar)	321 000 „
3 bis 5 Cho (Hektar)	134 000 „
über 5 Cho (Hektar)	72 000 „

(1 Tan = 1/10 Cho = rund 10 Ar, 1 Cho = 1 Hektar.)

35 Prozent aller japanischen Bauern bewirtschaften weniger als 1/2 Cho;

dagegen gibt es nur etwa 45 000 Landwirte, die mehr als 10 Cho bewirtschaften, was in Japan schon als Großbetrieb gerechnet wird, und

etwa 4200 Großgrundbesitzer, die mehr als 50 Cho bewirtschaften.

Um diese Angaben zu verstehen, ist eine kurze Bemerkung über die japanische landwirtschaftliche Betriebsweise nötig: in Japan wird intensivste Landwirtschaft betrieben, besonders beim Reisbau, der den Hauptanteil an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ausmacht. (1926 wurden folgende Ernten erzielt: Weizen 10,635 Millionen Hektoliter, Roggen 13,415 Millionen, Gerste 15,457 Millionen und Reis 100,282 Millionen Hektoliter.) Bei Reis wird jedes einzelne Pflänzchen aufs sorgfältigste gepflegt. Die Bodengestaltung schließt Bewirtschaftung im großen aus und erlaubt für Terrassenkultur. Nur der Kleinbetrieb kann sich behaupten, sein Ertrag kann angeblich kaum noch weiter gesteigert werden. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die japanischen Bauern ziemlich konservativ sind und sich nur äußerst schwer dazu entschließen, auch nur Versuche zu machen, ob sich der Anbau anderer Feld- und Gartenfrüchte nicht doch besser lohnen würde.

Unter diesen Umständen darf es uns nicht wundern, wenn Betriebe von 10 oder 50 Cho (Hektar) schon als Großbetriebe bezeichnet werden.

Ein großer Teil der Bauern hat nicht nur wenig Boden, sondern überhaupt keinen eigenen Boden und ist daher ausschließlich auf Pacht angewiesen. Nach den Angaben des Jahres 1919 gab es unter 5 481 000 Bauernfamilien nur 1 701 000 Familien, deren Bodeneigentum für ihre Bedürfnisse völlig ausreichte, dagegen 1 545 000 Familien, die nur Pächter waren und gar keinen eigenen Boden hatten, außerdem 2 235 000 Familien, die gleichzeitig Kleineigentümer und Pächter waren. Oder in Prozenten (nach anderen Angaben): 28 Prozent aller Betriebe sind reine Pachtbetriebe, 40 Prozent Gemischtbetriebe (Bewirtschaftung von eigenem Land und Pachtland), und nur in 31 Prozent der 5,5 Millionen Bauernbetriebe wird nur eigener Boden bewirtschaftet. Von dem gesamten anbaufähigen Boden sind etwa 45 Prozent Pachtland, von dem wertvollen Reisland etwa 52 Prozent. Dabei verläuft die Entwicklung so, daß seit einigen Jahrzehnten die Zahl der Pächter und der Eigentümer mit ungenügendem Bodeneigentum immer mehr zunimmt, die der Eigentümer mit ausreichendem Bodeneigentum aber immer mehr zurückgeht.

Reisanbau und Seidenzucht.

In Japan ist die Ernte pro Flächeneinheit am größten; in Französisch-Indochina ist die durchschnittliche Reisernte auf dem Hektar 1200 Kilo, auf Java 1600 Kilo, in den USA 1950 Kilo und in Japan 2300 Kilo. Trotzdem ist das Durchschnittseinkommen äußerst gering. Das Roheinkommen entspricht bei gepachtetem Land höchstens etwa 10 Koku Reis (18 Hektoliter) und ist in den kleineren Betrieben und bei anderer Kulturart noch geringer. Davon gehen alle Betriebsausgaben, Steuern, Saatgut u. s. w. ab. Das verbleibende reine Einkommen gestattet den Bauernfamilien nur eine äußerst dürftige Lebenshaltung.

Die Pachtbedingungen sind geradezu unerhört schwer und ausbeuterisch. Es gibt verschiedene Arten der Pacht für Reisfelder. Zum Teil muß eine bestimmte Menge Reis pro Flächeneinheit, unabhängig vom Ernteaussfall (!), abgeliefert werden, zum Teil besteht die Pacht in einem bestimmten Prozentsatz der Ernte, bei den anderen Kulturen, z. B. Weizen oder Gerste, wird die Pacht in Geld bezahlt. Im ganzen darf man annehmen, daß die

Pacht 40 bis 60, in manchen Gegenden sogar 70 Prozent der Ernte beträgt!

Da der Bauer noch andere beträchtliche Unkosten hat, unter anderem für die wichtige Düngemittelbeschaffung, so arbeitet ein großer Teil dieser Bauernwirtschaften ständig mit Verlusten.

Diese Verlustwirtschaften können nur dadurch bestehen, daß die betreffenden Bauernfamilien nebenher noch den einträglicheren Seidenbau betreiben. Auch dieser Seidenbau ist nur im Kleinbetrieb rentabel und für den Großbetrieb ungeeignet. Er hat neuerdings in Japan einen großen Aufschwung genommen. Japan erzeugt gegenwärtig etwa 60 Prozent der Rohseide, die auf der ganzen Erde verbraucht wird (China nur 30 Prozent, Italien ungefähr 7 Prozent). Japan erzeugt etwa 80 bis 90 Prozent der in den Vereinigten Staaten verbrauchten Rohseidenmenge. 1929 befaßten sich 2 706 200 Bauernfamilien mit Seidenzucht in Hausindustrie. Nur dank dieser Nebenbeschäftigung konnten Hunderttausende von japanischen Bauernwirtschaften sich halten, da der Reisanbau allein dazu nicht hingereicht hätte. Die Seidenerzeugung steigt fortgesetzt, sie stieg von 31 065 000 Kilo Rohseide und 13 248 750 Kilo Seidenabfällen im Jahre 1925 auf 42 345 000 Kilo Rohseide und 15 461 250 Kilo Seidenabfälle im Jahre 1929. Pro Familie stieg die Menge der Seidenkokons von 18 342 Momme (ein Momme gleich 3,75 Gramm) im Jahre 1905 auf 46 059 Momme im Jahre 1929.

Aber auch die Seidenerzeugung, die für das japanische Bauernvolk eine so große Bedeutung erlangt hat, bietet heute kein sicheres Einkommen mehr. Besonders die Konkurrenz der Kunstseide wird immer fühlbarer. Der Seidenpreis ist in stetigem Sinken begriffen und betrug 1929 etwa nur noch 60 Prozent des Preises von 1925! Katastrophale Folgen hatte insbesondere die Ausbreitung der Wirtschaftskrise in den USA, dem Hauptabnehmerland für japanische Seide.

Bedenkt man dies alles, so ist die Notlage der japanischen Bauern leicht zu verstehen. Eine Bilanz der Einnahmen und Ausgaben dieser Volksschicht ergibt eine rapide Abnahme der Einnahmen, während gleichzeitig die Ausgaben nicht nur gleich bleiben, sondern sogar noch steigen (nicht zuletzt wegen der fortschreitenden Kartellierung der japanischen Industrie).

Die in der Frühzeit der Industrialisierung mit Erfolg versuchte Kaufkraftsteigerung der Bauernbevölkerung durch Nebenerwerb und Kinderarbeit in der Industrie ist heute trotz starken Lohndrucks infolge der Wirtschaftskrise fast ganz unmöglich geworden. Es bleibt also nur der Kampf gegen die ausbeuterischen Pachtzinsen oder für die Enteignung der Großgrundbesitzer!

Die „Reisunruhen“.

1918 schon kam es zu ersten Streitigkeiten zwischen Pächtern und Grundbesitzern, den sogenannten Reisunruhen, die damals von der herrschenden Klasse nur mit Mühe unterdrückt werden konnten. Die Statistik zeigt ein fortgesetztes Steigen dieser Konflikte. So wurden noch 1917 nur 85 solcher Zwischenfälle gezählt, 1921 waren es schon 1680, 1925: 2206 Fälle. 1924 waren an diesen Konflikten 110 520 Pächter und 24 015 Grundeigentümer beteiligt, 1925 schon 134 646 Pächter und 33 001 Grundeigentümer.

Die Forderungen der Pächter sind verschieden, manchmal wollen sie sich mit einer Verminderung der Pacht um 20 bis 30 Prozent begnügen, in anderen Fällen wird eine Verminderung um 70 bis 80 Prozent verlangt. Bei diesen Auseinandersetzungen kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen, Brandstiftungen und Ähnlichem.

Nach dem Weltkrieg begannen sich beide Parteien, Pächter wie Grundeigentümer, für den Kampf um ihre Interessen zu organisieren. 1918 wurden 250 Pächterverbände gezählt, 1926 gab es in Japan 3953 Pächterverbände mit 334 600 Mitgliedern. Ihnen stehen gegenüber 592 Grundeigentümerversände mit 40 900 Mitgliedern (1917 gab es erst 225 Grundeigentümerversände). Die Haltung der Pächterverbände ist, wie wir ihren Forderungen entnehmen können, mehr oder weniger bewußt revolutionär. Doch gibt es daneben auch noch eine größere Zahl von reformistischen Verbänden, in denen sowohl Grundeigentümer als auch Pächter vertreten sind, die für eine „versöhnliche Beilegung“ der Konflikte eintreten.

Der japanische Imperialismus.

Die japanische Regierung unter Führung der Militärkaste, die in enger Verbindung mit dem Großgrundeigentümer steht, (auch hier stimmt die Vergleichung Japans mit Preußen-Deutschland!), versucht eine Lösung, die den herrschenden Grundeigentümern nicht weh tun soll und der Bauernbevölkerung ein Ventil schaffen soll (von den gleichfalls im Spiele stehenden Interessen der japanischen Großindustrie sei hier abgesehen); das sind die imperialistischen Ausdehnungsversuche Japans in der Mandchurei und im übrigen China. Dort soll billiges Siedlungsland erobert werden.

Altes Unrecht soll also durch neues Unrecht zuge deckt werden. R. H 11.

Papens Wohlfahrtsanstalt in Betrieb.

Wohlfahrtsempfänger: IG-Farben, Schwerindustrie, Raffinerie Misburg.

Die neueste Leistung der Wohlfahrtsanstalt: Wie erst jetzt bekannt wird, haben Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister durch Verordnung vom 14. Juni die Mineralölsteuer für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September auf 10 Pfennige (in Worten: zehn Pfennige) für einen Doppelzentner festgesetzt. Die Steuer ist also tatsächlich erlassen worden, dieses Mal nicht nur für die IG-Farben, wie vor einigen Monaten, sondern für alle deutschen Treibstoffproduzenten: IG-Farben, Schwerindustrie, Raffinerie Misburg. Diese haben den Steuererlaß angeblich nötig wegen der Konkurrenz der ausländischen Erdöl-Konzerne und der Russen auf dem deutschen Markt. — ?

Die Mineralölsteuer wird künftig 400 000 Mark statt 15,2 Millionen Mark erbringen. Ein triftiger Grund, den Wohlfahrtserwerbslosen die Unterstützung weiter zu kürzen!

Subventionswünsche.

Einer beruft sich auf den anderen.

Hamburg: Bürgermeister Dr. PETERSEN fordert, daß das Reich künftig helfe, die Summen aufzubringen, die die Erhaltung und der Betrieb des Hamburger Hafens erfordert. Fast allen deutschen Ländern seien beim Übergang der Eisenbahn auf das Reich ihre Schulden abgenommen worden. Hamburg habe man jedoch seine Schulden auf den Hamburger Hafen, der sicher für das Reich als Verkehrseinrichtung von höchster Bedeutung sei, nicht abgenommen.

Aussichten für Geflügelzüchter: Auf lange Sicht gut.

Wir entnehmen aus einem Sonderheft des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung:

Die Lage der deutschen Geflügelhalter hatte sich, verglichen mit der Vorkriegszeit, gebessert; seit 1929, also seit der wachsenden Loslösung des deutschen Getreidemarktes vom Weltmarkt, hat sich die Lage der deutschen Geflügelhalter immer mehr verschlechtert. Die heutige Lage wird in der Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung als „katastrophal“ bezeichnet: Mehr als doppelt so hohe Preise für Futter bei Weltmarktpreisen für Eier verhindern jeden erfolgreichen Wettbewerb mit dem Ausland und beeinträchtigen die Rentabilität und den Fortschritt.

Auf lange Sicht gesehen, bezeichnet das Konjunkturforschungsinstitut die Aussichten für Erzeugung und Absatz deutscher Eier als nicht ungünstig, und zwar aus zwei Gründen: Die deutschen Eierproduzenten können nach Angleichung der deutschen Produktionsbedingungen an die ausländischen ein volles Drittel des Inlandmarktes zurückerobern. Ferner ist der Verbrauch über das heutige Ausmaß steigerungsfähig.

Die Geflügelzüchter brauchen rasch Hilfe: Eine Getreidepreissenkung würde gleichzeitig ihre Unkosten herabsetzen und ihre Abnehmer kaufkräftiger machen. H. II.

Siedlungsmöglichkeiten in Deutschland.

1870 kauften die drei Brüder HOERR aus Sindlingen in Baden, weil ihr Land in Sindlingen zu klein war, um sie zu ernähren, die drei Höfe, aus denen damals der Ort Heißenheim im Donauried bei Donauwörth bestand. Der Ort bestand 1870 außer aus einem alten zweistöckigen Gebäude, das angeblich auch nicht mehr viel wert gewesen ist, nur aus elenden Strohhütten. Das Land war sehr schlecht. Alle Vorbesitzer machten nach einander trotz vieler Mühe und Plage bankerott. Die Brüder HOERR packten nun tatkräftig und geschickt zu, drainierten das Land, halfen sich gegenseitig und teilten das Land bei ihrem Tode unter ihren Kindern auf.

Heute zählt der Ort 10 stattliche Höfe, und jeder Hofbesitzer hat der heutigen Zeit entsprechend sein gutes Auskommen. Wie einer von ihnen meint, kann die Teilung noch weiter getrieben werden. Drei Hektar je Hof würden heute auf dem ehemals so schlechten Boden noch ein gutes Auskommen gewährleisten.

Solche Siedlungsmöglichkeiten gibt es nicht nur im Donauried. Sie finden sich in noch viel größerem Maße im Osten Deutschlands. Allerdings darf, damit diese Möglichkeiten ausgenutzt werden, nicht gerade ein Herr von PAPEN Reichkanzler sein. Erich Wettig.

Der amerikanische Farmer ein Leidensgenosse des deutschen Bauern.

Die Steuern für eine Farm von 80 Acker (32 Hektar) betragen vor dem Kriege rund 80 Dollar; heute soll der Farmer 200 Dollar bezahlen. Er mußte, um das Geld für die Steuern aufzubringen, verkaufen:

Vor dem Krieg:	Heute:
40 bushel Weizen	500 bushel Weizen
oder 80 bushel Mais	1250 bushel Mais
„ 4000 Pfund Milch	8000 Pfund Milch
„ 5 Tonnen Heu	40 Tonnen Heu
„ 250 Dutzend Eier	2000 Dutzend Eier
„ 250 Pfund Wolle	2000 Pfund Wolle
„ 5 Schweine	25 Schweine

DEUTSCHLAND

Abnahme des Schweinebestandes: Die Schweinezahl von 1. Juni ergab gegenüber dem Vorjahre eine Verringerung des deutschen Schweinebestandes um 1,2 Millionen auf 21,3 Millionen. Die Schlachtschweine von 1/2 bis 1 Jahr haben eine Bestandszunahme um fast 1 Prozent aufzuweisen, alle übrigen Altersklassen haben abgenommen. Die Zahl der Ferkel 9 Prozent. Die Abnahmebewegung wird sich wohl fortsetzen, da die Zahl der jungen Zuchtsauen um 12 Prozent abgenommen hat.

Sachsen: Ministerpräsident SCHIECK auf dem Genossenschaftstag in Dresden über die bedrängte Finanzlage der sächsischen Genossenschaften: Da dem Lande in seiner eigenen Finanznot die Mittel fehlen, um hier wirksame Hilfe bringen zu können, richten sich die Blicke der sächsischen Genossenschaften begrifflicher Weise nach Berlin in der bestimmten Hoffnung, daß es dem Reich, trotz der nur allzu bekannten eigenen Finanznöte, noch möglich sein wird, nicht nur den im Osthilfegebiet gelegenen Genossenschaften in stärkerem Maße, als bisher geschehen ist, zu helfen, sondern auch den westlich der Elbe tätigen Genossenschaften.

So sieht der „Betrieb“ aus!

Der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen wir das folgende Stimmungsbild:

In den Berliner Ministerien ist ein ständiges Kommen und Gehen von subventionslüsternen Interessenten.

Vertreter der Länder rechnen nach, wieviel in Preußen subventioniert wurde, und daß nun auch in Bayern und Sachsen etwas geschehen müsse. Vertreter der verarbeitenden Industrie verweisen auf Rohstoffsubventionen und möchten nun auch etwas abbekommen. Kleinunternehmer beschwerten sich, daß die große Konkurrenz subventioniert wurde, und so zieht jeder Fall ein Dutzend neue Fälle nach. Dabei werden im einzelnen stets sehr plausible Gründe angeführt, die gewiß nicht unterschätzt werden sollen. Arbeitervertreter im Aufsichtsrat erhalten dabei erstmals eine wirkliche Funktion.

Es geht so weit, daß Telegramme einlaufen: „Überweist sofort soundsoviel Mark, sonst stellen Zahlungen ein.“